Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.30, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet Goldmark 1.50, für auswärts Goldmark 2.00. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt Goldmark 0.05. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für die 3. Woche (12. 1. bis 18. 1.) bei freier Zustellung durch Boten 80 G.-Pfennig. Postbezug für Monat Januar 4.50 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 1 Goldmark, nach dem Auslande 1.25 Goldmark. Einzelnummer 15 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27930, 27931, 27932 und 27933. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 12 | Dienstag, 15. Januar 1924 | XXXII. Jahrg.

Ueberwältigender Sieg des Bürgertums

Außergewöhnlich schwere Niederlage der Sozialdemokraten bei den gestrigen Gemeinderatswahlen

Volksgericht

Das sächsische Volk hat bei den gestrigen Gemeindewahlen ein vernichtendes Urteil über den politischen Kurs, der in Sachsen in den letzten Jahren eingeschlagen worden war, gefällt. Es hat der bisher den Anspruch auf die Alleinherrschaft erhebenden Sozialdemokratischen Partei gezeigt, daß ihre letzten in die Welt hinausgerufenen Behauptungen vom „sozialistischen", vom „roten" Sachsen allzu kühne Behauptungen waren, denen keinerlei Tatsachen entsprachen.

Die gestrigen Gemeindewahlen haben einen alle Erwartungen übertreffenden überwältigenden Wahlsieg der nichtsozialistischen Parteien gebracht. Das, und nicht die Verteilung der Sitze auf die verschiedenen nichtsozialistischen Parteien, ist das Entscheidende beim Ausgang der gestrigen Wahl.

Die Wahlen der letzten Jahre zeigten ein fortgesetztes Anwachsen der sozialistischen und kommunistischen Stimmen. Standen bei den Stadtverordnetenwahlen des Jahres 1921 noch 138 000 bürgerliche Stimmen 135 600 sozialistischen und kommunistischen gegenüber, so betrug das Stimmenverhältnis bei den Landtagswahlen des Jahres 1922 127 000 bürgerliche gegen 186 000 sozialistische und kommunistische Stimmen. Bei den gestrigen Wahlen aber wurden in Dresden nur 122 000 sozialistische und kommunistische Stimmen abgegeben im Vergleich zu 152 000 bürgerlichen, und wenn man die deutschsozialistischen Stimmen mit zu den bürgerlichen rechnet, zu 172 000 bürgerlichen.

Infolgedessen werden sich die Mandate im neuen Stadtparlament folgendermaßen verteilen: 39 bürgerliche Mandate werden 31 sozialistisch-kommunistischen gegenüberstehen. Dazu kommen noch fünf Deutschsoziale, deren bisheriges politisches Verhalten noch zu unklar und undurchsichtig war, als daß man mit Bestimmtheit sagen könnte, wohin sie sich in entscheidenden Stunden schlagen werden.

Der Hauptleidtragende der gestrigen Wahlen ist die sozialdemokratische Partei. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1922 erhielt sie 146 000 Stimmen, gestern nur 81 000, das heißt, sie hat 65 000 Stimmen verloren, beinahe 50 Prozent ihrer bisherigen Stärke. Eine vernichtendere Niederlage ist kaum denkbar. Die Sozialdemokratie kann sich dafür bei jenen politisch unerfahrenen Kindern bedanken, von denen sie nach dem Urteil des Abgeordneten Dittmann in den letzten Monaten geführt wurde. Das vom bürgerlichen Standpunkt aus Erfreuliche an dieser Tatsache ist, daß bei weitem nicht alle der Sozialdemokratie verlorenen Stimmen den Kommunisten zufielen, deren Stärke lediglich von 20 000 bei der letzten Landtagswahl auf 30 000 bei der gestrigen Wahl stieg. Die Kommunisten nahmen also nur einen Bruchteil der sozialdemokratischen Stimmen auf, die übrigen gingen zum Bürgertum.

Immerhin ist im marxistischen Lager jene vorausgesagte Stärkung der extremen Elemente eingetreten. Und das gleiche gilt auch vom bürgerlichen Lager. Auch hier verloren die Parteien der Mitte an Boden zugunsten der Parteien auf der äußersten Rechten, wo die Deutschnationalen mit den ihnen angeschlossenen Listen der Hausbesitzer und Handwerker ganz beträchtlich an Terrain gewannen. Von den Mittelparteien büßte, im Vergleich zu den Landtagswahlen, die Deutsche Volkspartei am meisten ein, während die Demokraten ihren Besitzstand, im Vergleich zu den Landtagswahlen, behaupten konnten, dagegen im Vergleich zu den letzten Stadtverordnetenwahlen ebenfalls einen beträchtlichen Rückgang aufweisen müssen.

Das Ergebnis im Lande entspricht dem Wahlausfall in der Landeshauptstadt. Fast überall ist ein entschiedener Sieg des Bürgertums zu verzeichnen, das in den wichtigsten Orten die entscheidende und absolute Majorität erreichte. Nur in Chemnitz ist noch eine geringe sozialdemokratische Mehrheit übriggeblieben, und auch dort war dies nur infolge des Versagens des Bürgertums möglich, da die bürgerlichen Parteien sich nicht auf eine verbundene Liste einigen konnten. Der Sieg des Bürgertums wäre zweifellos noch überwältigender und hätte den Stimmungsumschwung im Lande noch klarer gemacht, wenn die Wahlbeteiligungsziffer ein klein wenig größer gewesen wäre. Alle Appelle an das Pflichtgefühl gewisser bürgerlicher Schichten waren vergeblich. Die Beteiligungsziffer betrug abermals nur etwa 67,77 Proz. aller Wahlberechtigten. Wie man gestern auf den Bahnhöfen beobachten konnte, ging ein großer Teil des Bürgertums lieber seinem Sportvergnügen nach, als daß er seiner Bürgerpflicht genügt hätte. Wir müssen noch vieles lernen, wenn wir bei den bevorstehenden wichtigen Wahlen dieses Jahres ebenso günstig oder noch günstiger abschneiden wollen.

Das Erbe Friedrich Naumanns

Die Bedeutung der am heutigen Montag beginnenden Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion in Dresden wird schon durch die Anwesenheit sämtlicher demokratischer Reichsminister sowie des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber charakterisiert. Es ist ferner nicht ohne Bedeutung, daß diese Tagung gerade nach Mitteldeutschland verlegt worden ist. Man erinnere sich daran, daß der für März angekündigte sozialdemokratische Parteitag auch in einer mitteldeutschen Stadt stattfinden soll.

Nicht ohne Grund. Denn hier in Mitteldeutschland haben sich die politischen Gegensätze auf das schärfste zugespitzt. Hier traten deshalb die politischen, geistigen und wirtschaftlichen Probleme, die von den Parteien bewältigt werden müssen, mit der größten Klarheit und Schärfe hervor, hier wurden die Grundsätze, die Standhaftigkeit und die Taktik jeder Partei auf die schärfste Probe gestellt.

Der strategische Aufmarsch der politischen Kräfte für die herannahende Reichstagswahl beginnt mit dieser Tagung. Die Demokratische Partei wird für die bevorstehenden Kämpfe hier in Dresden einen neuen Führer zu wählen haben. Senator Petersen, der in den letzten Jahren die verantwortungsvolle Aufgabe hatte, das Erbe Friedrich Naumanns, des tiefsten und umfassendsten Geistes der deutschen Politik, zu wahren, und der dieses nicht leichten Amtes treu und ehrlich gewaltet hat, ist zum ersten Bürgermeister Hamburgs gewählt worden und hat infolgedessen seinen Posten niedergelegt.

Diese Führerwahl hat im Hinblick auf die kommenden politischen Kämpfe, die früher einsetzen können, als man vielleicht in manchen Kreisen glaubt, ganz besondere Bedeutung. In der Berliner Presse ist die Wichtigkeit dieser Demokratentagung denn auch sofort erkannt worden, und die „D. A. Z." meint, es könne von Dresden eine entscheidende Neugruppierung der deutschen Parteiverhältnisse ausgehen.

Jede Partei ist heute in sich zersplittert und zerspalten. Jede Partei hat einen rechten und einen linken Flügel. Jede Partei sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, innerhalb ihrer eigenen Reihen Klarheit zu schaffen, damit die Partei im politischen Kampfe eine geschlossene, stoßkräftige Phalanx darstellen kann.

Nirgends können sich die Zersplitterung und Unklarheit in den eigenen Reihen unheilvoller auswirken als bei den Parteien der Mitte. Stärkung der Mitte, das ist die Kardinalformel für alle von Vernunft geleitete deutsche Politik von heute.

Die Sehnsucht nach einer Stärkung der parlamentarischen Mitte hat in den letzten Wochen die vielen Gerüchte und die angeregte Diskussion über eine etwaige Vereinigung der beiden großen liberalen Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, hervorgerufen. Es haben bisher, soweit wir unterrichtet sind, noch keinerlei offizielle Verhandlungen stattgefunden, aber in privaten Besprechungen wurde in den einzelnen Ländern meist eine weitgehende Uebereinstimmung in den politischen Zielen festgestellt. So kann der nicht parteilich gebundene Beobachter des politischen Lebens in Sachsen z. B. beim besten Willen kaum einen Unterschied in der politischen Einstellung der sächsischen Volkspartei und der sächsischen Demokraten erblicken. Im besten Falle handelt es sich dabei um Nuancen, die unter allen Umständen im Interesse der Sache und des Ganzen auszugleichen wären. Selbst über die Frage der Republik müßte in Deutschland ein solcher Ausgleich zwischen den liberalen Parteien möglich sein. Man überschätze die politische Form nicht allzusehr. Der Inhalt entscheidet doch letzten Endes. Die Form der Republik garantiert noch lange keine wahre Demokratie. Rußland nennt sich eine Republik und ist eine offene Diktatur, und Sachsen nannte sich eine Republik und war in den letzten Monaten eine Oligarchie einiger weniger ehrgeiziger sozialdemokratischer Parteiführer geworden.

Bei einer Annäherung, bestände sie zunächst auch nur in einer besonders engen Arbeitsgemeinschaft unter Wahrung der Selbständigkeit der beiden Parteiorganisationen, würde sowohl die Volkspartei wie auch die Demokratische Partei gewisse Randgruppen abgeben müssen, die Volkspartei jene um Stinnes und gewisse Teile der Schwerindustrie, die Demokraten jene Kreise, die heute schon innerlich und geistig ganz bei den Sozialdemokraten stehen. Auf diese kleinen Bruchteile müßte verzichtet werden, wenn es möglich wäre, durch diesen Verzicht die große liberale Partei der Mitte zu bilden, der, so auch links und rechts die Parteiverhältnisse in Fluß geraten sind, auf der Rechten eine große konservative und auf der Linken eine große sozialdemokratische Partei zur Seite stehen könnte, ein Dreiparteiensystem, das aus der Verwirrung der jetzigen Parteizersplitterung herausführen würde. Die Mitte hätte nur Gewinn davon. Sie würde eine erhöhte Aktionskraft besitzen, würde eine stetigere und klarere Politik treiben können, als sie es heute getan hat, würde wirklich einen Kampfblock der Mitte bilden und den Vorwurf der Gegner, der in dem bösen Wort von den „Seiltänzern der Mitte" gipfelt, Lügen strafen. Das wäre die beste und schönste Art, das Erbe Friedrich Naumanns zu wahren und zu mehren!

Th. Sch.

Reichsminister Koch Führer der Demokraten?

B. Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Wie wir hören, hat Bürgermeister Petersen sowohl zugesagt als seinen letzten Wunsch der demokratischen Reichstagsfraktion aus Herz gelegt, sich den Vorsitzenden schon in der Dresdner Tagung zu wählen. Damit werden sich die demokratischen Reichstagsmitglieder, die sich am heutigen Montag in Dresden zusammenfinden, in erster Reihe mit der Wahl des neuen Fraktionsvorstandes zu befassen haben. Neuerdings ist der Plan aufgetaucht, den Reichsminister a. D. Koch zum ersten Vorsitzenden zu machen und dafür mit dem Vorsitz im Parteivorstand den Abgeordneten Dr. Fischer-Köln zu betrauen. Gegen eine solche Lösung scheinen und aber vorläufig noch allerhand Widerstände vorhanden zu sein.

In der Tat wird es sich auch empfehlen, das Interregnum in der demokratischen Reichstagsfraktion nach Möglichkeit abzukürzen. Denn es sieht fast so aus, als ob für den Reichstag demnächst entscheidende Tage heraufziehen. Die Sozialdemokraten sind der inneren Wirren, die in den letzten Wochen die Partei bis auf den Grund aufwühlten, offenbar wieder einigermaßen Herr geworden. Allerdings will es scheinen: auch diesmal wieder auf Kosten der ruhigeren, mehr rechts stehenden Elemente.

Die sozialdemokratische Fraktion ist auf den Donnerstag und Freitag dieser Woche zu einer großen Sitzung nach Berlin berufen worden. Dabei wird nach den bisherigen Ankündigungen in erster Reihe gegen den Ausnahmezustand Sturm gelaufen werden. Der Zweck der Uebung wird aber wohl sein, daß die Fraktion beschließen soll, die sofortige Einberufung des Reichstages zu fordern. Man kann sicher sein, daß Deutschnationale, Kommunisten und Völkische den Sozialdemokraten auf diesem Pfade folgen werden, und damit dürfte die Mehrheit gegeben sein, von deren Verlangen der Reichstagspräsident es abhängig gemacht hat, ob der Reichstag noch vor Ende Januar zusammentreten soll.

Natürlich wissen die Sozialdemokraten, genau so wie wir andern auch, daß der Reichstag in seiner derzeitigen Verfassung nicht arbeitsfähig ist und daß, sobald er einmal wieder beim Werke ist, nur zwei Möglichkeiten bleiben: entweder der Rücktritt der Regierung oder die Auflösung des Reichstages. Gerade darauf aber scheint man es in der Sozialdemokratie nun anzulegen zu haben. Selbstverständlich — wenn wäre es bei der Sozialdemokratie auch anders gewesen — sind für ihre Entschließungen Gründe der Parteipolitik ausschlaggebend. Sie sucht nach einer Wahlparole, die geeignet ist, ihre schwankenden Reihen in leidlicher Ordnung zusammenzuhalten, und glaubt vermutlich, sie gefunden zu haben, wenn der Reichstag über der Frage der Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes aufgelöst wird. Bei der Sozialdemokratie und denen, die mit ihr in diesen Stücken am nämlichen Strang ziehen, rechnet man damit, daß die Reichstagswahlen dann etwa im März stattfinden.

Eröffnungssitzung des Sachverständigenausschusses

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute findet in Paris die Eröffnungssitzung des Ersten Sachverständigenausschusses der Reparationskommission statt.

Eine zweite Sitzung des Sachverständigenausschusses am Nachmittag

Die Haltung der Pariser Presse

Paris, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die heute vormittag auf 11 Uhr anberaumte Sitzung des Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Finanzlage dürfte rein formalen Charakter haben und mit der Begrüßung und Vorstellung der Mitglieder ausgefüllt werden. Der Ausschuß wird indessen noch im Laufe des heutigen Nachmittages eine zweite Sitzung abhalten und sofort seine Arbeiten beginnen. Der praktische Wert der Schlußfolgerungen, zu denen die Sachverständigen im Verlaufe ihrer Arbeiten kommen werden, wird angesichts der Vorbehalte, mit denen die Pariser Regierung in ihrer Besorgnis um das Fortbestehen des Londoner Zahlungsplanes sich umgibt, stark in Zweifel gesetzt.

„Ere Nouvelle" gibt der Erwartung Ausdruck, daß man den Sachverständigen doch eventuell erlauben werde, mehr als eine rein akademische Arbeit zu leisten. Zur Zeit haben sie zwar das Recht, eine Diagnostik aufzustellen, aber nicht den Kranken pflegen zu dürfen. So wie die Dinge jetzt liegen, sei zu befürchten, daß die ganze Welt den Schlußbericht der Sachverständigen dazu verwenden werde, um von Frankreich zwar nicht das zu verlangen, was der Buchstabe, doch was der Geist des Berichtes enthalten werde. Das „Journal" hebt in erster Linie die Rolle hervor, die die Amerikaner bei den Arbeiten des Ausschusses spielen werden. Es betont, daß es diese allein fertigbrächten, sich von der Bevormundung ihrer Regierung zu befreien. Um ihre Unabhängigkeit deutlich zum Ausdruck zu bringen, hätten sie jede Besoldung, sogar die Vergütung ihrer Aufwendungen, abgelehnt. Das werde ihnen zu einer moralisch ungewöhnlich starken Position verhelfen. Pertinax im „Echo de Paris" beurteilt die Sachlage folgendermaßen: „Der gegenwärtige Augenblick sei zur Durchführung der Sachverständigenarbeiten gut gewählt. Deutschland biete in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht dem Beobachter einen besonders interessanten Anblick. Es trete nämlich den Beweis an, daß es trotz seiner lärmenden Versicherungen, auf die man ganz in England und Amerika zurückgreife, trotz der Zwangsjacke, die wir ihm anlegen mußten, um es zum Festhalten am Versailler Vertrage zu zwingen, in der Lage sei, seine Finanzen in Ordnung zu bringen." Die Presse ergeht sich sonst noch in langen Betrachtungen über die Ziele und Arbeiten der Sachverständigen-Konferenz.

Keine Veröffentlichung der französisch-belgischen Antwortnote?

× Berlin, 14. Januar. **Die französische und die belgische Antwortnote sind im Auswärtigen Amte übersetzt worden. Da beide Noten zusammen 29 Seiten stark sind, konnte ihre Bearbeitung noch nicht begonnen werden. Das Kabinett wird voraussichtlich erst dann über die Noten beraten, wenn der deutsche Geschäftsträger aus Paris in Berlin eingetroffen ist, also nicht vor Dienstag.**

Um die Militärkontrolle

Deutsche Note

× Berlin, 13. Januar. Die Note der Reichsregierung an die interalliierte Militärkontrollkommission vom 9. d. M. lautet:

„Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 20. v. M. zu bestätigen, in der Sie ankündigen, daß am 10. und 12. Januar in Rostock, Berlin, Dresden, Stuttgart, München, Paderborn, Breslau und Frankfurt a. M. Kontrollbesuche vorgenommen werden sollen. Die deutschen Verbindungsstellen und die für die Kontrolle selbst in Betracht kommenden Behörden sind angewiesen, den Kontrolloffizieren die Durchführung dieser Besuche zu ermöglichen. Die Reichsregierung hat mich indessen beauftragt, Ihnen, Herr General, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß ihrer Ansicht nach die Kontrollkommission ihre Aufgabe, soweit diese sie mit militärischen Stellen in persönlichen Kontakt bringt, beendet hat. Diejenigen Aufgaben, die die Botschafterkonferenz als noch offen betrachtet und an deren Durchführung die deutsche Regierung mitzuwirken durchaus bereit ist,

erfordern keine Besuche bei militärischen Stellen

Abgesehen von jenen noch offenen Aufgaben ist alles, was der Teil V des Vertrages von Versailles an Abrüstungsforderungen enthält, längst erfüllt worden. Der durch diese Abrüstung geschaffene Zustand unterliegt nach Art. 213 des Vertrages von Versailles nicht dauernder Kontrolle, sondern lediglich der Möglichkeit einer etwa aus besonderen Gründen vom Rate des Völkerbundes anzuordnenden Spezialuntersuchung. Wenn die deutsche Regierung gleichwohl für die am 10. und 12. d. M. in Aussicht genommenen Kontrollbesuche die Voraussetzungen geschaffen hat, so hat sie dies getan in der gewissen Erwartung, **daß ihre eben dargelegte Rechtsauffassung auch bei der interalliierten Militärkontrollkommission volle Würdigung finden und daß von weiteren Kontrollbesuchen abgesehen werden wird.**

ges. Moretti.

Wichtige Aktenstücke in Moskau verschwunden

London, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Information der Reuter-Agentur herrscht in Moskauer Regierungskreisen große Aufregung über das Verschwinden einer Anzahl wichtiger geheimer Aktenstücke. Die Dokumente waren in einem besonderen, streng bewachten Raum aufbewahrt, und es wird vermutet, daß der Diebstahl von Angehörigen der Kommunistischen Partei selbst ausgegangen sei, die mit der Politik des Zentralkomitees unzufrieden sind. Es wurden bereits mehrere Verhaftungen verdächtiger Persönlichkeiten vorgenommen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240115/1